



AMBASSADE
DU
GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
N°. 312/99/cg

Adenauerallee 108
53113 Bonn

Messieurs J.-P. Bolmer et J. Weirich
Fédération des Victimes du Nazisme, Enrôlées de Force
B.P. N° 2415
L - 1024 Luxembourg-Gare

Bonn, le 10 mars 1999

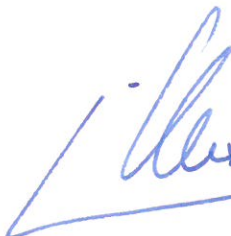
Objet : Dédommagement des travailleurs forcés du régime nazi/Question des jeunes
Luxembourgeoises enrôlées de force au RAD/KHD

Monsieur le Président,
Monsieur le Secrétaire général,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre en date du 20 février 1999 par laquelle vous me demandez des renseignements sur la création en Allemagne d'une fondation pour le dédommagement des travailleurs forcés exploités par le régime nazi. Copie de votre lettre a été transmise au Ministère d'Etat et au Ministère des Affaires étrangères.

En réponse à votre demande, j'ai l'honneur de vous transmettre en annexe le texte de la « *Déclaration commune* » publiée le 16 février 1999 par un certain nombre de grandes entreprises allemandes. Ce document prévoit la création d'une « *Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen : Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* », cette fondation étant ouverte, en principe, à d'autres entreprises allemandes ayant exploité des travailleurs forcés sous le régime nazi.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, Monsieur le Secrétaire Général, l'assurance de ma considération distinguée.


Julien ALEX
Ambassadeur

ANNEXE : « *Gemeinsame Erklärung* » du 16 février 1999

16. Februar 1999
Nr. 68/99

Gemeinsame Erklärung

Die Unternehmen Allianz AG, BASF AG, Bayer AG, BMW AG, DaimlerChrysler AG, Deutsche Bank AG, Degussa-Hüls AG, Dresdner Bank AG, Friedr. Krupp AG Hoesch-Krupp, Hoechst AG, Siemens AG und Volkswagen AG haben dem Bundeskanzler heute die Errichtung einer „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vorgeschlagen. Der Bundeskanzler begrüßt und würdigt diese Initiative und sagt die Begleitung durch die Bundesregierung zu.

Die Unternehmen wollen am Ende des Jahrhunderts ein abschließendes materielles Zeichen setzen, aus Solidarität, Gerechtigkeit und aus Selbstachtung. Diese Initiative ist eine unmittelbare gesellschaftliche Ergänzung der staatlichen Wiedergutmachungspolitik. Da die staatliche Wiedergutmachungspolitik aus öffentlichen Steuermitteln erfolgte, war die deutsche Wirtschaft auch bislang stets mittelbar an den Leistungen beteiligt. Darüber hinaus haben die Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten auch unmittelbar eigene Leistungen an NS-Opfer erbracht.

Die Tatsache, daß der Deutsche Bundestag beabsichtigt, zügig eine Bundesstiftung für humanitäre Leistungen insbesondere an ehemalige NS-Zwangsarbeiter einzurichten, wird begrüßt. Im Rahmen dieser Gesetzesinitiative gilt es, eine geeignete Verzahnung mit der Stiftungsinitiative der Unternehmen zu finden.

Die Initiative der Unternehmen verfolgt drei Ziele:

- Eine Antwort auf moralische Verantwortung deutscher Unternehmen aus den Bereichen der Zwangsarbeiter-Beschäftigung, der Anisierung und anderen Unrechts aus der Zeit der NS-Herrschaft zu geben,
- aus diesem Verständnis der NS-Vergangenheit humanitäre und zukunftsweisende Projekte zu fördern und

- 2 -

- dadurch eine Grundlage zu schaffen, um Klagen, insbesondere Sammelklagen in den USA, zu begegnen und Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden zu entziehen.

Die Initiative soll aus zwei gleichgewichtigen Teilen bestehen:

- Einem humanitären Fonds zugunsten von ehemaligen Zwangsarbeitern und anderer NS-Geschädigtengruppen,
- einer geeigneten Zukunftsstiftung für Projekte, die eine Beziehung zur Veranlassung des Fonds haben.

Die Regierungen der USA und Israels begrüßen die Initiative als positive und mutige Antwort der deutschen Unternehmen auf ihre moralische Verantwortung. Die Initiative setzt voraus, daß im Rahmen von entsprechenden Regierungsabkommen eine für die beteiligten Unternehmen befriedigende Rechtssicherheit gefunden wird.

Es ist das zentrale Ziel des Fonds, betroffenen NS-Opfern kooperativ, fair, unbürokratisch und vor allem schnell Hilfe zu leisten. Wegen des hohen Alters der Betroffenen muß das vorrangige humanitäre Ziel darin bestehen, die Initiative schnell, möglichst bis zum 1. September 1999, wirksam werden zu lassen.

Die beteiligten Unternehmen danken der Bundesregierung für die in den bisherigen Gesprächen erreichten Fortschritte in der Konstituierung des Fonds und dem Erreichen von Rechtssicherheit. Sie begrüßen die Absicht der Bundesregierung, diese Verhandlungen fortzusetzen und mit den Stiftungen „Deutsch-Polnische Aussöhnung“, „Verständigung und Aussöhnung“ in Moskau, Kiew und Minsk sowie mit dem „Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds“ das Gespräch aufzunehmen. Es ist erklärtes Ziel der beteiligten Unternehmen, daß die humanitären Leistungen den Betroffenen, ungeachtet ihrer Religion und Nationalität, gewährt werden.

Die derzeit noch nicht in dieser Initiative engagierten betroffenen deutschen Unternehmen sind aufgerufen, sich dem hier beschrittenen Weg anzuschließen.

**Fédération des Victimes
du Nazisme, Enrôlées de Force** a.s.b.l.

REPRESENTANT: L'ASSOCIATION DES PARENTS DES DÉPORTÉS MILITAIRES LUXEMBOURGEOIS - L'AMICALE DES ANCIENS DE TAMBOW - L'ASSOCIATION DES ENRÔLÉS DE FORCE VICTIMES DU NAZISME - L'ASSOCIATION DES SURVIVANTS DES ENRÔLÉS DE FORCE

Organe officiel:
«Les Sacrifiés»

Boite postale n° 2415
L-1024 LUXEMBOURG-GARE

Compte-chèques postales n° 313 29-95

Luxembourg, le 20.02.99
5, rue de la Déportation

Son Excellence Monsieur Julien Alex
Ambassadeur du Luxembourg
Adenauerallee 108
D- 53113 B O N N

Conc.:Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter und andere N.S. Opfer durch die deutsche Wirtschaft.

Excellence,

Par les médias nous avons appris qu'une fondation serait créée pour dédommager les " Zwangsarbeiter ".

Etant donné que les jeunes filles luxembourgeoises des années 1920 à 1927 ont été enrôlées de force dans le R.A.D. (Reichsarbeitsdienst) et certaines aussi pendant 6 à 7 mois et même plus longtemps après la libération du Luxembourg au K.H.D. (Kriegshilfsdienst), nous estimons qu'elles auront droit à cette indemnisation.

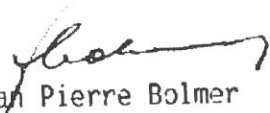
D'après nos documents ces jeunes Luxembourgeoises étaient forcées de travailler dans des fabriques de munition, entre autres chez Siemens à Nuremberg, Schott Zeis à Jena etc.

Pourriez-Vous nous procurer plus de précisions sur les modalités de ces indemnisations et la liste des entreprises allemandes qui participent ou participeront à cette fondation.

Une des premières questions à laquelle nous devons pouvoir répondre est de savoir si ces personnes devront introduire des demandes individuelles ou une demande collective. Dans le deuxième cas, qui ferait cette demande ?

Veuillez agréer, Excellence, avec nos sentiments reconnaissants et respectueux, l'assurance de notre haute considération.

Pour le Comité Fédéral


Jean Pierre Bolmer
secrét. gén.

Jos. Weirich
président

17.02.99

DEUTSCHLAND

Wirtschaft will
Zwangsarbeiter entschädigen

Bonn (dpa). – Ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer können noch in diesem Jahr mit Entschädigungszahlungen der deutschen Wirtschaft rechnen. Bei einem Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder verständigten sich am Dienstag in Bonn die Chefs zwölf führender deutscher Unternehmen auf die Einrichtung eines Stiftungsfonds, aus dem etwa 200 000 bis 300 000 Überlebende eine Unterstützung erhalten sollen.

Die Ansprüche von in den USA lebenden Opfern sollen durch ein Regierungsabkommen offenbar vorrangig behandelt werden. Die Aufnahme von Zahlungen an Betroffene in Osteuropa wird voraussichtlich erst später erfolgen.

Schröder betonte, es gehe bei der angestrebten Regelung nicht um „Wiedergutmachung“ oder um den Neuanfang einer „Reparationsdebatte“. Vielmehr sollten mit Geldern individuelle Ansprüche der meist betagten Opfer möglichst rasch und unbürokratisch erfüllt werden. Nach den Worten des Kanzlers muß sichergestellt sein, daß sich sämtliche Forderungen an deutsche Unternehmen nur gegen den Fonds richten dürfen. Es könne nicht sein, daß die Firmen „zweimal zahlen“, indem sie erst Geld für die Stiftung bereitstellten und anschließend in Prozessen mit weitestgehenden Forderungen konfrontiert würden. Die Bundesregierung werde deshalb bei dem geplanten Abkommen mit der US-Regierung mit Blick auf die Sammelklagen vor amerikanischen Gerichten auf größtmögliche Rechtssicherheit für die verklagten deutschen Unternehmen achten.

Der Kanzler wich der Frage aus, ob Opfer in Osteuropa wegen der unterschiedlichen Kaufkraft niedrigere Beträge erhalten werden als US-Bürger. Es sei jetzt erst einmal wichtig, dieses moralisch-ethische Kapitel abzuschließen, und nicht, ob es dabei in Einzelfällen zu erneuten Ungerechtigkeiten komme. Schröder dämpfte auch Erwartungen an die Höhe des Fonds, über die bislang offiziell Stillschweigen vereinbart wird. Manche Forderungen dazu seien „wenig realistisch“. In den letzten Tagen waren Beträge bis zu drei Milliarden Mark genannt worden.

Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf-Ernst Breuer, bezeichnete die Übereinkunft als „Meilenstein“. Es sei nicht im Interesse der Opfer und der Unternehmen, daß „wir das Thema noch



Generationen lang mit uns herum-schleppen“, betonte Breuer, der zusammen mit Kanzleramtschef Bodo Hombach (SPD) letzte Woche in Washington das Rahmenkonzept mit jüdischen Organisationen ausgehandelt hatte.

Der Vorschlag für die Errichtung einer „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ wird bislang von zwölf Unternehmen unterstützt (Allianz, BASF, Bayer, BMW, DaimlerChrysler, Deutsche Bank, Degussa, Dresdner Bank, Hoesch-Krupp, Hoechst, Siemens, VW). Die Unternehmen wollten am Ende des Jahrhunderts aus „Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstachtung“ ein abschließendes materielles Zeichen setzen, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung.

Die Initiative verfolge unter anderem das Ziel, eine „Antwort auf moralische Verantwortung deutscher Unternehmen bei der Beschäftigung von Zwangsarbeitern, der Arisierung und anderen NS-Unrechts zu geben. Die Vereinbarung solle die Grundlagen schaffen, um „Klagen, insbesondere Sammelklagen in den USA, zu begegnen und Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden zu entziehen“.

Begrüßt wird die Absicht der Bundesregierung, mit den bereits bestehenden Stiftungen in Polen, Rußland, der Ukraine und Weißrußland sowie dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds Gespräche aufzunehmen. Es sei erklärtes Ziel der Unternehmen, daß humanitäre Leistungen den Betroffenen, ungeachtet ihrer Religion und Nationalität, gewährt würden. Betroffene deutsche Firmen, die sich noch nicht zur Mitarbeit in dem Fonds bereit erklärt haben, wurden aufgefordert, sich anzuschließen.